

Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik

Nr. 26 – 9. Juli 2007

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

mit dem Kommunal-Newsletter der AG Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE. übermitteln wir euch aktuelle Informationen zu verschiedenen kommunal relevanten Themen aus EU, Bund, Ländern und Kommunen. Wie immer nehmen wir sehr gern weiterführende Hinweise oder Verbesserungen zur Gestaltung des Kommunal-Newsletters entgegen. Um möglichst Viele zu erreichen, wären wir euch auch dankbar, wenn ihr den Kommunal-Newsletter weiter verschicken oder empfehlen würdet. Bereits erschienene Ausgaben können bei uns angefordert werden.

Mit freundlichen Grüßen
Katrin Kunert (MdB), Petra Brangsch und Manfred Klaus

D i e I n h a l t e

1. Parlamentarische Initiativen
2. Themen
 - 2.1. Direkte Demokratie
 - 2.2. Ländlicher Raum
 - 2.3. Daseinsvorsorge
 - 2.4. Stadtentwicklung
 - 2.5. Soziales und Beschäftigungspolitik
 - 2.6. Kinder und Jugend
 - 2.7. Integration und Migration
 - 2.8. Kommunale Seniorenpolitik
3. Personalien
4. Veranstaltungen
5. Veröffentlichungen
6. Kontakte

1. P a r l a m e n t a r i s c h e I n i t i a t i v e n

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zur Finanzierung des geplanten Ausbaus der Kindertagesbetreuung bis 2013

<http://dip.bundestag.de/btd/16/047/1604708.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zu Feinstaubemissionen bei Holzverbrennung

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604811.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Jugendliche in Deutschland: Perspektiven durch Zugänge, Teilhabe und Generationengerechtigkeit

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604818.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Vermittlungsgutscheine für Erwerbslose, die keine Leistungen nach dem SGB II beziehen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604886.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Rückzahlung von aus Darlehen gewährten Mietkautionen nach dem SGB II und Abtretungserklärungen an ARGE n

<http://dip.bundestag.de/btd/16/048/1604887.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Das Collegium Humanum – ein Zentrum der Holocaustleugner

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604919.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu Beschäftigungsverhältnissen in den Arbeitsgemeinschaften der Agenturen für Arbeit und der Kommunen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604935.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP zur Struktur und Effizienz der Förderpolitik zugunsten der neuen Länder

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604936.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Unzulänglichkeiten bei der Software A2LL der Bundesagentur für Arbeit

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604938.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Investitionen durch kleine und mittelständische Unternehmen in den neuen Ländern

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604993.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Anwendung von Beamten- und Zusatzversorgung auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in den neuen Bundesländern

<http://dip.bundestag.de/btd/16/049/1604999.pdf>

Unterrichtung durch die Bundesregierung – Rahmenplan der GA „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ für den Zeitraum 2007 bis 2010

<http://dip.bundestag.de/btd/16/053/1605324.pdf>

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Mikrozensusgesetzes 2005 und des Bevölkerungsstatistikgesetzes

<http://dip.bundestag.de/btd/16/052/1605239.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zur Entwicklung der Zahl der Ausweisungen von Ausländerinnen und Ausländern

<http://dip.bundestag.de/btd/16/053/1605369.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Linksfraktion zu den Auswirkung der europäischen Rechtsprechung auf die Steuereinnahmen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/053/1605371.pdf>

Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Nationaler Diskriminierungsschutz im Europäischen Jahr (Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz)

<http://dip.bundestag.de/btd/16/053/1605382.pdf>

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Verbraucherinformation

<http://dip.bundestag.de/btd/16/054/1605404.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Recht der Verbraucherinnen und Verbraucher beim Verkauf von Immobilienkrediten stärken

<http://dip.bundestag.de/btd/16/055/1605595.pdf>

Antrag der Fraktion der SPD – Die wirtschaftlichen und arbeitsplatzschaffenden Erfolge der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nutzen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/056/1605607.pdf>

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Qualifizierung und Beschäftigungschancen von jüngeren Menschen mit Vermittlungshemmnissen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/057/1605714.pdf>

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD – Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch – Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen

<http://dip.bundestag.de/btd/16/057/1605715.pdf>

Antrag der Fraktion der SPD – Junge Menschen fördern – Ausbildung schaffen und Qualifizierung sichern

<http://dip.bundestag.de/btd/16/057/1605730.pdf>

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Perspektiven schaffen – Angebot und Struktur der beruflichen Bildung verbessern

<http://dip.bundestag.de/btd/16/057/1605732.pdf>

2. T h e m e n

2.1. Direkte Demokratie

Regionalisierung und Partizipation

Durch die zunehmende Europäisierung und Globalisierung gewinnt die regionale Ebene in Politik und Verwaltung an Bedeutung. Hier fallen Entscheidungen, die weitreichenden Einfluss auf die Kommunen und auf das Leben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger haben. Zugleich ist die politische Teilhabe in regionalen Entwicklungsprozessen noch wenig entwickelt. Wie kann Partizipation der Bürgerinnen und Bürger auf regionaler Ebene gelingen? Welche Ziele soll sie erfüllen? In der neuen Publikation »Regionalisierung und Partizipation« der Stiftung MITARBEIT wird die Praxis zweier Fallstudien dargestellt und ein Konzept für die Gestaltung von Partizipationsprozessen auf regionaler Ebene entwickelt. Grundlage dieser Arbeit sind Erfahrungen im Forschungsverbund Stadt 2030, bei dem Partizipation auch auf regionaler Ebene ein wichtiges Thema war.

http://www.mitarbeit.de/mitarbeiten_2_07_10.html

<http://www.stadt2030.de/index.shtml>

Bürgerhaushalt

Freiburg: Finanzplanung soll bald auch Bürgersache sein

Die Stadtverwaltung stellt den Freiburger Weg zu einem Beteiligungshaushalt vor. Der Startschuss soll Anfang 2008 fallen.

<http://www.frsw.de/buergerhaushalt.htm#Freiburger%20Weg%20zu%20einem%20B%FCrgerhaushalt>

http://www.bis.freiburg.de/1/100/10001/presstext.php?usehistory=yes&news_id=20594&rubrik_id=35

2.2. Ländlicher Raum

Bürgergutachten zum ländlichen Raum in Europa

„Welche Rolle soll der ländliche Raum im Europa von morgen spielen?“ Dieser Frage gingen in Europa mehrere Bürgergruppen nach, die regionale Bürgergutachten dazu erstellt haben. 88 Bürgerinnen und Bürger aus 10 Ländern Europas haben kürzlich das „Europäische Bürgergutachten zur Zukunft der ländlichen Räume“ Entscheidungsträgern der EU und der Regionen vorgelegt. Das Gutachten enthält Empfehlungen in Themenfeldern wie zum Beispiel Jugend, Bildung, Transport, Gesundheit, Landwirtschaft. Die englischsprachige Kurzfassung des Bürgergutachtens ist im Internet zugänglich über:

<http://www.citizenspanel.eu>

2.3. Daseinsvorsorge

Wasser- und Abwassergenossenschaften

„Wasserversorger als Bürgergenossenschaft?“ als bürgernahe und effiziente Lösung im ländlichen Raum. Diese Frage ist Gegenstand des Interviews mit Ina Vogt, MGV Rechtsabteilung.

<http://www.mgv-info.de/downloads/wir/w-2007-4-s7.pdf>

2.4. Stadtentwicklung

Regionale Einzelhandelskonzepte

„In den vergangenen Jahren sind zunehmend Einzelhandelskonzepte zur lokalen Steuerung der Einzelhandelsentwicklung erarbeitet worden. Die überwiegend einheitliche Zielsetzung bezog sich jeweils auf die Entwicklungsfähigkeit der Innenstadt. Diese Betrachtungsweise kann jedoch gerade in Ballungsräumen zu falschen Konsequenzen führen, ...“

<http://www.region-muenchen.com/shared/EndbRegEinzelhRegM.pdf>

2.5. Soziales und Beschäftigungspolitik

Bundesprogramm – Kommunal-Kombi

Zu den Plänen von Arbeitsminister Müntefering, die sogenannte „Kommunal-Kombi“ einzuführen, erklärt Katrin Kunert, kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE: Die Vorschläge von Müntefering zur Auflage eines Bundesprogramms „Kommunal-Kombi“ sind unrealistisch und unseriös. Der Arbeitsminister betreibt damit blanken Populismus...

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1269575607>

Herbert Schui, meint: „Weitاً besser ist die folgende Lösung: Der Bund versorgt die Gemeinden mit zusätzlichen Finanzen. Die Gemeinden stellen mehr Leute in regulären Beschäftigungsverhältnissen ein. Denn der Kombilohn wird ebenso wie der öffentliche Dienst aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert. Da ist es doch vernünftiger, gleich mehr öffentlichen Dienst aus dem allgemeinen Steueraufkommen zu bezahlen – ohne den Umweg Kombilohn.“

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1298526459>

Die kommunalen Spitzenverbände stehen dem Bundesprogramm nicht nur kritisch gegenüber

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/index.phtml

<http://www.staedtetag.de/10/presseecke/presseedienst/artikel/2007/06/28/00473/index.html>

<http://www.kreise.de/landkreistag/start/>

2.6. Kinder und Jugend

Cities for Children

Am 26. Juni 2007 fand im Stuttgarter Rathaus der Gründungskongress des neuen europäischen Städtenetzwerks Cities for Children mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus rund 60 europäischen Großstädten statt. Ziel des Netzwerks ist es, anhand guter Beispiele aus europäischen Kommunen die besten Projekte und Strategien zu finden, wie Kindern und Familien das Leben in Städten erleichtert werden kann.

<http://www.citiesforchildren.eu/index.php>

2.7. Integration und Migration

Plattform Integration

Seit Juni 2007 steht eine neue Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Verfügung. Es wird eine umfassende Plattform zum Thema Integration geboten, die sich an Zuwandererinnen und Zuwanderer, interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Akteurinnen und Akteure der Integrationsarbeit gleichermaßen richtet. Außerdem steht ein webbasiertes Auskunftssystem mit Infos zu Kontakt- und Beratungsstellen, Integrationskursen und -projekten, Ausländerbehörden u.a. zur Verfügung.

www.integration-in-deutschland.de

Klimaflüchtlinge: Greenpeace-Studie warnt vor humanitärer Katastrophe

Einer Studie dieser Umweltschutzorganisation zufolge werden in den nächsten 30 Jahren 200 Mio. Menschen aus ihrer Heimat flüchten müssen, wenn umfassende Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel ausbleiben. Schon heute sind den Angaben zufolge mehr als 20 Mio. Menschen auf der Flucht vor den Folgen der Erderwärmung. Greenpeace fordert unter anderem, den rechtlichen Status von Klimaflüchtlingen zu klären. Heute seien sie in vielen Fällen „staatenlos“ geworden, da ihr Migrationsgrund im deutschen, europäischen und internationalen Recht bisher nicht anerkannt werde.

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/klimafluechtlinge_endv.PDF

2.8. Kommunale Seniorenpolitik

Die Fachkonferenz des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Kommunen im Wandel – Engagement, Innovation und Vernetzung älterer Menschen“ am 19. Juni 2007 in Berlin machte eindrucksvoll deutlich, dass die Themen „Demographischer Wandel“, „Engagement älterer Menschen“ und „Generationengerechte Gemeinde“ für die Kommunen eine immer bedeutendere Rolle spielen.

DStGB-Präsident Schäfer nannte in seinem Beitrag die Erarbeitung und Aufbereitung seniorenrelevanter Daten, die Formulierung von Leitzielen mit klaren Profilen und Projekten und die Aktivierung und Einbeziehung der örtlichen Gemeinschaft als zentrale Handlungsfelder kommunaler Seniorenpolitik.

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/top_themen/inhalt/partizipation_foerdern_engagement_staerken_potenziale_nutzen/kommunen_im_wandel_190607.pdf

Der Frage innovativer Dienstleistungsangebote in einer generationsgerechten Gemeinde widmete sich dieser Beitrag:

http://www.dstgb.de/index_inhalt/homepage/top_themen/inhalt/partizipation_foerdern_engagement_staerken_potenziale_nutzen/beitrag_hansen.pdf

3. Personalien – Linke Mandate

Bürgermeister in Rheinland-Pfalz wechselt zur Linken

DIE LINKE hat ihren ersten Bürgermeister in Rheinland-Pfalz. Der Ortsbürgermeister der Gemeinde Ruthweiler im Kreis Kusel, Robert Drumm, ist am 16. Juni 2007 in die Partei DIE LINKE eingetreten. Drumm, bislang Freie Wählergemeinschaft, ist seit 16 Jahren Ortsbürgermeister seiner 519 Einwohner zählenden Gemeinde, die zur Verbandsgemeinde Kusel gehört.

Mail: rdrdrumm@aol.com Internet: www.drummruthweiler.eu

4. Veranstaltungen

17./18. September 2007

8. Aachener Kolloquium "Mobilität und Stadt" (AMUS)

Veranstalter: Institut für Stadtbauwesen und Stadtverkehr (Rwth Aachen) in Kooperation mit dem Aachener Verkehrsverbund und der StädteRegion Aachen

Ort: Aachen

Infos: <http://www.isb.rwth-aachen.de/amus2007/german/>

17./18. September 2007

Netzwerk21-Kongress - Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen 2007

Veranstalter: Arbeitsgruppe von GRÜNE LIGA Berlin e.V., IZT - Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, aduno gGmbH – Forum für Nachhaltigkeit, CivixX - Werkstatt für Zivilgesellschaft

Ort: Katholische Akademie, Hannoversche Str. 5, 10115 Berlin-Mitte

Infos: <http://www.netzwerk21kongress.de/>

9. Oktober 2007 Rechtsanspruch auf einen Kinderkrippenplatz: Was kommt auf die Kommunen zu?

Veranstalter: Deutsches Institut für Urbanistik und Deutscher Städtetag in Kooperation mit der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V.

Ort: Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin

Infos: <http://www.difu.de/index.shtml?seminare/difu-seminare-anzeige.php?id=1316>

19. Oktober 2007

Zwischennutzung urbaner Brachen

Veranstalter: Bund Deutscher Landschaftsarchitekten Sachsen

Ort: Haus der Architekten, Goetheallee 37, Dresden

Infos: <http://www.sachsen.bdla.de/index4.html>

5. Veröffentlichungen

Helmut Klages/Carmen Daramus: **Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg. Partizipative Haushaltsplanaufstellung, -entscheidung und -kontrolle im Bezirk Lichtenberg von Berlin**

Speyerer Forschungsbericht 249, Speyer 2007, ISBN: 978-3-932112-87-4

Zum Bürgerhaushalt Berlin-Lichtenberg ist nun der Bericht der begleitenden Evaluation erschienen. Neben detaillierten Informationen zur Durchführung und Bewertung dieses Verfahrens formuliert der Bericht Empfehlungen zur zukünftigen Steuerung und Optimierung des Bürgerhaushalts.

Bestellung online:

<http://www.foev-speyer.de/publikationen/Bestellungfb.asp>

Oliver Schöller/ Weert Canzler/ Andreas Knie: Handbuch Verkehrspolitik 2007, ISBN: 978-3-531-14548-8, VS Verlag für Sozialwissenschaften

Wer sind die treibenden Kräfte für Verkehr in modernen Gesellschaften? Was kann Verkehrspolitik angesichts eigendynamischer ökonomischer und sozialer Entwicklungen überhaupt leisten? Welche Rolle spielen im föderalen System die Kommunen und die Regionen, in denen der größte Teil der Verkehrsleistung erbracht wird? Wie sehen nicht intendierte Effekte der Verkehrspolitik aus? Wie wirken Herausforderungen wie der Klimawandel, das Altern und Schrumpfen der Gesellschaft und die Krise der öffentlichen Haushalte auf die Verkehrspolitik? Diese und eine Fülle weiterer Fragen werden in 38 Beiträgen behandelt

6. Kontakte

Katrin Kunert

Kommunal- und sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag

Tel.: 030 227 74488

Fax: 030 227 76489

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.@bundestag.de

Dr. Petra Brangsch

wiss. Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten Katrin Kunert

Tel.: 030 227 74490

Fax: 030 227 76489

Funk: 0172 3124439

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: katrin.kunert.ma02@bundestag.de

Dr. Manfred Klaus

Referent für Regional- und Kommunalpolitik

Tel.: 030 227 55110

Fax: 030 227 56413

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: manfred.klaus@linksfraktion.de

Felicitas Weck

Referentin Bund-Länder-Koordination

Tel.: 030 227 52114

Fax: 030 227 56411

Büro: Platz der Republik 1
11011 Berlin

Mail: felicitas.weck@linksfraktion.de